GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Die Beharrlichkeit der Gender-Resistenz und die (Selbst-)Ermächtigung feministischer WissenschaftlerInnen? Brüche und Ambivalenzen im Kontext von Gender in der Politikwissenschaft

Jung, Tina; Garscha, Julia

2010

https://doi.org/10.25595/3191

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Jung, Tina; Garscha, Julia: *Die Beharrlichkeit der Gender-Resistenz und die (Selbst-)Ermächtigung feministischer WissenschaftlerInnen? Brüche und Ambivalenzen im Kontext von Gender in der Politikwissenschaft*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 19 (2010) Nr: 1, 129–132. DOI: https://doi.org/10.25595/3191.

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Die Beharrlichkeit der Gender-Resistenz und die (Selbst-)Ermächtigung feministischer WissenschaftlerInnen?

Brüche und Ambivalenzen im Kontext von Gender in der Politikwissenschaft

TINA JUNG. JULIA GARSCHA

Im vorliegenden Beitrag stehen die derzeitigen Ausprägungen von genderorientierter/feministischer Politikwissenschaft im Zentrum des Interesses: gefragt wird zum einen – entlang des Angebots und der jeweiligen Konzeption von politikwissenschaftlichen Studiengängen – nach dem Stand der gegenwärtigen Institutionalisierung von Gender in der Politikwissenschaft und zum anderen danach, wie sich feministische PolitikwissenschaftlerInnen derzeit innerhalb der Disziplin positionieren. Dabei betrachten wir diesen Komplex auch aus der Perspektive eines Interesses von Frauen (und vermehrt auch von Männern), sich mit und über feministische Wissenschaft in eben jener Institution beruflich und wissenschaftlich zu positionieren, die gleichsam Gegenstand von feministischer Kritik ist. Für uns ergab sich vor diesem Hintergrund die Frage, ob und inwieweit aus dem Zusammenspiel institutioneller Strukturbedingungen des Faches sowie der subjektiven Situation der AkteurInnen ein „Anpassungsdruck" erwächst, der die Einbindung von Gender/Feminismus auch als (berufs-)strategische Entscheidung erscheinen lässt. Wir sehen darin Fragen nach der Entwicklung feministischer Politikwissenschaft angelegt, insofern Theorie- und Wissenschaftsentwicklung nicht losgelöst von ihren konkreten (Re-)Produktionsbedingungen gedacht werden kann.

Im Folgenden werden – in aller hier gebotenen Kürze – Schlaglichter auf empirische Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt „ReVisionen von Politik und Wissenschaft?" geworfen, das von Tina Jung unter Mitarbeit von Julia Garscha an der Philipps-Universität Marburg von 2008 bis 2009 durchgeführt wurde.[1] Das Forschungsprojekt war bei GendA – Forschungs- und Kooperationsstelle Arbeit, Demokratie und Geschlecht unter Leitung von Prof. Dr. Ingrid Kurz-Scherf angesiedelt. Zur Erfassung des Standes der Integration von Gender-Aspekten in politikwissenschaftlichen Studiengängen oder solchen mit politikwissenschaftlichen Anteilen wurden Daten zu insgesamt 242 Studiengängen erhoben und ausgewertet.[2] Neben leitfadengestützten Interviews haben wir zudem eine Online-Befragung unter feministischen/genderorientierten WissenschaftlerInnen durchgeführt.

Die Institutionalisierung von Gender in der Politikwissenschaft. Oder: Die Persistenz der Gender-Resistenz

Insgesamt 75 % aller derzeit akkreditierten Studiengänge der Politikwissenschaft berücksichtigen weder in eigenständiger Form noch im Sinne einer Querschnittsorientierung Gender-Aspekte.[3] Bei genauerem Blick erweisen sich dabei sogar die Studiengänge mit integrierten Gender-Anteilen als faktisch in der Regel nur schwach gegendert: es dominieren Arten des Gender-Bezugs, die über eine geringe institutionelle Absicherung verfügen und in ihrer Reichweite begrenzt sind. Es finden sich a) eher querschnittsorientierte als eigenständige Formen sowie b) eher Formen der Integration von Gender in einzelne Studienelemente als Formen der Verankerung von Gender in der Gesamtkonzeption des Studiengangs.
Differenzen und Defizite in der Integration von Gender-Aspekten zeigen sich auch, wenn nach den inhaltlichen Profilsetzungen der politikwissenschaftlichen und -anteiligen Studiengänge gefragt wird. Gerade bei der wissenschaftspolitisch so wichtigen Frage nach der inhaltlichen Profilbildung von politikwissenschaftlichen Studiengängen zeigt sich eine Art genderspezifische Segregation: beispielsweise nimmt der Anteil des vergleichsweise gender-integrativen Profils Sozialwissenschaften im Übergang vom BA- zum MA-Bereich um über die Hälfte ab, während im MA-Bereich die als boomend geltenden, aber weitgehend genderfreien Profile Verwaltungs-/Regierungswissenschaft und Regionalwissenschaften in etwa gleich häufig oder häufiger vertreten sind. Das heißt, wenn die Entwicklung der Profilsetzungen des Fachs auf diese Weise anhält, dürfte dieser Prozess massive Einbrüche für den Grad der Institutionalisierung von Gender in der Politikwissenschaft bedeuten sowie eine deutliche Verschlechterung der Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsbedingungen feministischer PolitikwissenschaftlerInnen mit sich bringen.

Feministische (Politik-)WissenschaftlerInnen – (Selbst-)Ermächtigung und Doppelorientierung?

Insgesamt lässt sich die Tendenz beobachten, dass vor allem ein Großteil des wissenschaftlichen Nachwuchses trotz der institutionell schlechten Ausgangssituation im Fach relativ selbstbewusst und selbstverständlich mit Gender/Feminismus agiert. Dies zeigt sich z.B. bei der Frage danach, ob und wie in bereits absolvierten Qualifikationsarbeiten Gender-Aspekte bzw. feministische Inhalte oder Perspektiven einbezogen wurden. Selbst wenn die These von der Karrierefeindlichkeit von Gender/Feminismus für die eigene Situation als real wirksam eingeschätzt wurde, so setzten sich die befragten feministischen/genderorientierten WissenschaftlerInnen bei der Bearbeitung ihrer Abschluss- und Promotionsarbeiten mehrheitlich zugunsten eigener Forschungs- und Erkenntnisinteressen darüber hinweg. Dabei hält die Hälfte des befragten wissenschaftlichen Nachwuchses daran fest, dass Gender/Feminismus in der Wissenschaft als Herrschafts- und Gesellschaftskritik zu verstehen ist. Damit wird jedenfalls faktisch dazu beigetragen, feministische (Politik-)Wissenschaft als

kritisches, relevantes und zukunftsfähiges Qualifikations- und Forschungsfeld zu etablieren.
Auf der Basis unserer Ergebnisse gehen wir auch davon aus, dass die These von der vorrangigen Karriere- und Wissenschaftsorientierung (vgl. Metz-Göckel 2004) gerade jüngerer feministischer WissenschaftlerInnen in der Weise nicht zutrifft und in Richtung einer Doppelorientierung modifiziert werden muss: Diese Doppelorientierung sehen wir insbesondere im Nachwuchsbereich gegeben als Orientierung sowohl an Mainstream-(Politik-)Wissenschaft als auch an feministischer (Politik-)Wissenschaft sowie als Orientierung sowohl an „Wissenschaft" als auch an (feministischer) Praxis – wenngleich in der tatsächlichen (nicht der gewünschten!) Gewichtung von verschiedenen Arbeits- und Lebensbereichen im Ranking unter den Befragten die wissenschaftliche Tätigkeit klar dominiert.

Was folgt daraus? Oder: Für einen Neuentwurf einer „ganz anderen Politikwissenschaft"

Die hier dargestellten Schlaglichter auf empirische Befunde unseres Forschungsprojektes ergeben aus unserer Sicht in der Zusammenschau ein gleichermaßen spannendes wie beunruhigendes Bild von Gender in der Politikwissenschaft. Auf der Seite institutioneller Entwicklungen in der Politikwissenschaft sind alarmierende Tendenzen zu verzeichnen, die derzeit einem Ab- und Umbau bereits erreichter Standards näher zu sein scheinen als einem Ausbau feministischer Politikwissenschaft. Damit verbunden sind auch erwartbare Negativ-Effekte für die Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungssituation feministischer PolitikwissenschaftlerInnen. Demgegenüber wird insbesondere von jüngeren WissenschaftlerInnen – keineswegs einstimmig und universal, aber doch mehrheitlich – Gender/Feminismus in der (Politik-)Wissenschaft nicht notwendigerweise als Restriktion der eigenen wissenschaftlichen Tätigkeit im Sinne einer Marginalisierung oder Verschlechterung der beruflichen Position wahrgenommen.
Diese Einschätzungen brechen sich jedoch mit den derzeit realen Ausprägungen der Institutionalisierung von Gender in der Politikwissenschaft. Darin ist aus unserer Sicht die Gefahr angelegt, die anhaltende Gender-Resistenz des Fachs zu unterschätzen. In der vermuteten Doppelorientierung feministischer WissenschaftlerInnen sehen wir jedoch gleichzeitig ein Spannungsverhältnis zwischen feministischer und Mainstream-Politikwissenschaft, Berufsorientierung und dem Festhalten an dem Anspruch auf (herrschafts-)kritische Transformation der Wissenschaft. Diese kann durchaus als produktives Potential für die Entwicklung feministischer Politikwissenschaft – auch im Sinne ihrer Kritikfähigkeit und Dissidenz – verstanden werden. Aus unserer Sicht bleiben daher Strategien zu einer starken Integration von Gender in die Politikwissenschaft unerlässlich, die dies dabei auch als Markierung eines (wissenschafts-)politischen Emanzipations- und Demokratiedefizits auf die Agenda setzen. Gleichzeitig liegt die Herausforderung darin, die Potentiale feministischer Wissenschaft nicht im Sinne einer Einpassung oder als zu überwindendes Anerken-

nungsdefizit durch den Mainstream der Disziplin zu entwerfen. Vielmehr sehen wir für die feministische Politikwissenschaft die Aufgabe angelegt, die „Intentionen der Utopie“ aus politik- und gesellschaftstheoretischer Perspektive in emanzipatorischer Absicht zu befragen und von hier aus im Sinne einer Re-Politisierung auf die Gesamt-Disziplin zurückzuspiegeln. Es gilt, auf institutioneller Ebene durch die Ermutigung zur Widerspenstigkeit nach praktisch-konkreten Formen von „feministischer Wissenschaft als Beruf“ zu suchen, die sich nicht umstandslos einer arbeits(zeit)spezifischen Unterwerfung unter die feldspezifischen Anerkennungs- und Spielregeln im Sinne einer reinen Karriereförderung ergeben.

In den hier skizzierten Ungleichzeitigkeiten erkennen wir durchaus ein Gelegenheitsfenster zu einer notwendigen Selbstverständigung mit dem Ziel des Entwurfs einer „ganz anderen Politikwissenschaft“. Ein Gelegenheitsfenster, das angesichts des vermuteten „doppelorientierten Selbstbewusstseins“ feministischer WissenschaftlerInnen weiter aufgestoßen werden kann und angesichts der prekären institutionellen Lage von Gender in der Politikwissenschaft auch weiter aufgestoßen werden muss.

Anmerkungen

1 Ein ausführlicher Projektbericht ist in Planung; näheres hierzu auf der Homepage des Projektes: www.gendanetz.de.

2 Diese Ergebnisse liegen dem „Studienführer Gender in der Politikwissenschaft“ zugrunde (s. Kurzmitteilungen in diesem Heft).

3 Der Anteil an Studiengängen mit Gender-Bezug fällt im MA-Bereich etwas geringer aus als im BA-Bereich.

Literatur

Metz-Göckel, Sigrid, 2004: Institutionalisierung der Frauen-/Geschlechterforschung: Geschichte und Formen. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden, 597-604.